



Coronavirus: DAK-Gesundheit fordert gleiche Regelungen zum Schutz der Bevölkerung in allen Bundesländern

Vorstandschef Andreas Storm begrüßt Beschlüsse in Bayern und NRW zur Absage von Großveranstaltungen

Hamburg, 10. März 2020: Die DAK-Gesundheit begrüßt den von den Landesregierungen in Bayern und NRW geplanten Beschluss, in beiden Bundesländern Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern zu untersagen. „Nach dem Vorbild von Bayern und NRW müssen jetzt auch alle anderen Bundesländer kurzfristig gleiche Regelungen treffen, um die Bevölkerung vor dem Coronavirus zu schützen“, fordert Vorstandschef Andreas Storm.

„Wir müssen zeitnah zu bundeseinheitlichen Regelungen kommen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Krankenkasse DAK-Gesundheit. „Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass es uns gelingen kann, die Verbreitung des Virus in Deutschland zeitlich deutlich zu strecken. Angesichts des exponentiellen Anstiegs der Verbreitung des Coronavirus könnte sich ansonsten die Lage weiter deutlich verschärfen.“ Jetzt sei dringend eine bundeseinheitliche Regelung zur Absage von Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern erforderlich. Dabei sollten genehmigungspflichtige Ausnahmeregelungen vorgesehen werden. „Wir brauchen Klarheit, Verlässlichkeit und eine Verbindlichkeit“, fordert Storm. Er verwies auf entsprechende Regelungen in der Schweiz und in Frankreich.

Storm lobte das aktuelle Krisenmanagement von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und dem Robert-Koch-Institut. „In der aktuellen Krise ist es zwingend erforderlich, dass sich die Entscheidungsträger in Bund und Ländern regelmäßig austauschen und bundesweit abgestimmt vorgehen. Gerade in der Krise muss sich der Föderalismus bewähren!“